

Lindau hoch



Nr. 27

Lindau, Mai 2023

„Über das Fleisch, das in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden.“

Bertolt Brecht im „Lied von der Krähe“

Das Aeschacher „Gleisdreieck“

kann relativ mühelos und rasch per Straße erschlossen bleiben. Die notwendige Straßenunterführung wird (rechts im Bild) im Bereich des Hasenweidweges geschaffen.



Die drei Wohnblöcke „Am Alpengarten“ mit den Treppenhausnummern 7 bis 12 werden links durch die Straße „Am Alpengarten“ verkehrlich erschlossen. Damit wird das „Gleisdreieck“ dann endlich verkehrlich unabhängig von der Eisenbahnlinie auf die Insel per unterführender Straße erschlossen. Am Holdereggenpark muss somit kein Quadratmeter abgebaggert und er kann ohne Schädigung erhalten werden.



Solidarität mit den derzeit gegen die Inflation um mehr Lohn kämpfenden Kolleginnen und Kollegen!

Den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes auf Bundes- und kommunaler Ebene bleibt, trotz ihrer derzeit außergewöhnlich hohen Lohnerhöhungen, eine aktuelle Inflationslücke von rund 6%.

Andere Lohnabhängige, wie beispielsweise die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG (**Foto: Streikende beim Lindauer Insel-Bahnhof am 27. März 2023**) sowie die Kolleginnen und Kollegen des Einzelhandels mit ihrer Gewerkschaft ver.di, kämpfen weiterhin um einen ausreichenden und dauerhaften Lohnausgleich gegen die weiterhin unzumutbare Inflation. Ende März betrug diese in ganz

Deutschland im Durchschnitt 7,4%, bei den Lebensmittel- und Wohnungspreisen rund das Doppelte. Die Kämpfenden benötigen unsere Solidarität für ihrem berechtigten und notwendigen Kampf.

Wie gelingt erfolgreiche progressive Kommunalpolitik?

Das Ergebnis hatte alle überrascht: Bei der Gemeinderatswahl im November 2021 gewann die KPÖ in Graz 29 Prozent der Stimmen. Sie ist seither die stärkste Fraktion und stellt die Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt Österreichs. Mit sozialem Wohnungsbau, Antirassismus, Klimaschutz und basisnaher Sozialpolitik lassen sich also Wahlen gewinnen. Aber genügt das? Und was können wir daraus lernen? Mit **Ernest Kaltenegger**, Erfinder der steirischen KPÖ-Strategie, ehemaliger KPÖ-Landtagsabgeordneter und früherer Grazer Stadtrat für Wohnungsbau.



Dienstag, 16. Mai 2023, 19:30Uhr, Landgasthof „Köchlin“, Lindau-Reutin.

Veranstalterinnen: Bunte Liste Lindau und DIE LINKE im Landkreis Lindau.



Mit der AfD ist da nichts Gutes zu machen

(Rede der Allgäuer Bundestagsabgeordneten Susanne Ferschl, DIE LINKE, im Deutschen Bundestag am 2. März 2023)

Die AfD geriert sich gerne als Partei der Beschäftigten, in Wahrheit ist sie aber die Partei der rassistischen Spaltung. Ob beim Mindestlohn oder der Regulierung prekärer Beschäftigung, die AfD lehnt Vorschläge stets ab und macht Zugewanderte für die Misere auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. Das ist rassistisch und auch einfach nur falsch. Solidarität statt rassistischer Spaltung ist notwendig.

Kempten 10. April 2023.

Hier können Sie die Rede entsprechend dem Sitzungs-Protokoll nachlesen:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Eine gesetzliche Klarstellung, dass der Mindestlohn dem reinen Stundenentgelt entspricht, dass also Sonderzahlungen, Prämien und Zulagen nicht angerechnet werden, hat die Linke bereits zwei Mal beantragt. Die AfD hat das nur jedes Mal abgelehnt.

(Lachen des Abg. Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) – Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Ach!)

Und jetzt kopieren Sie plötzlich unsere Forderungen.

(Martin Reichardt (AfD): Quatsch! Das stimmt überhaupt nicht! – Dr. Bernd Baumann (AfD): So ein Quatsch!) Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Wir brauchen die AfD sicher nicht, wenn es um Beschäftigtenrechte geht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernd Baumann (AfD): Völliger Quatsch!) Meist ist es so, dass die AfD ihre sozialpolitischen Forderungen für ihre widerwärtige nationalistische Propaganda missbraucht.

(Dr. Bernd Baumann (AfD): Darauf haben wir gewartet! Martin Reichardt (AfD): Ja, darauf haben wir gewartet! Das muss ich mir von Mauermördern nicht sagen lassen!)

Bei der letzten Diskussion zum Mindestlohn sagte der AfD-Redner – ich zitiere: Schuld daran, dass man einen Mindestlohn braucht, ist die Regierung, die Millionen illegale Einwanderer ins Land gelassen hat.

(Nicole Höchst (AfD): Ja, ist richtig!) Das ist rassistisch, widerlich, (Nicole Höchst (AfD): Realitätsnah!) soll die Beschäftigten spalten und ist auch einfach nur Blödsinn.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald (DIE LINKE): Und historisch falsch! – Dr. Bernd Baumann (AfD): Die SPD klatscht mit!)

Den Niedriglohnbereich gibt es, weil er durch prekäre Beschäftigung und Hartz IV salonfähig gemacht wurde, und nicht wegen Menschen mit Migrationshintergrund.

Um diesen Niedriglohnbereich zu bekämpfen, sind letztlich zwei Maßnahmen notwendig: Zum einen muss ein adäquater Mindestlohn gezahlt werden. Es ist hier schon ein paar Mal gesagt worden: Dem Gesetz zur Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die AfD gar nicht zugestimmt.

(Dr. Martin Rosemann (SPD): Ja!)

Zum anderen ist vor allem eine Stärkung der Tarifbindung notwendig. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Alle unsere Anträge dazu sind von der Rechtsaußenfraktion abgelehnt worden. (Dr. Bernd Baumann (AfD): Weil sie Mist waren!)

Ihre Scheinheiligkeit und Ihre Doppelzüngigkeit sind wirklich durch nichts zu übertreffen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Sie gerieren sich als Vertreter der kleinen Leute, stimmen aber keiner der Forderungen zu, die zu einer Verbesserung für Beschäftigte führen. (Martin Reichardt (AfD): Das stimmt doch überhaupt nicht! Ist doch nicht wahr! – Nicole Höchst (AfD): Fake News!) Mindestloohnerhöhung, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, Erfassung der Arbeitszeit usw. usf.: Nichts davon haben Sie zugestimmt. – Hören Sie also auf, unsere Zeit mit Ihren Schaufensteranträgen zu verplempern!

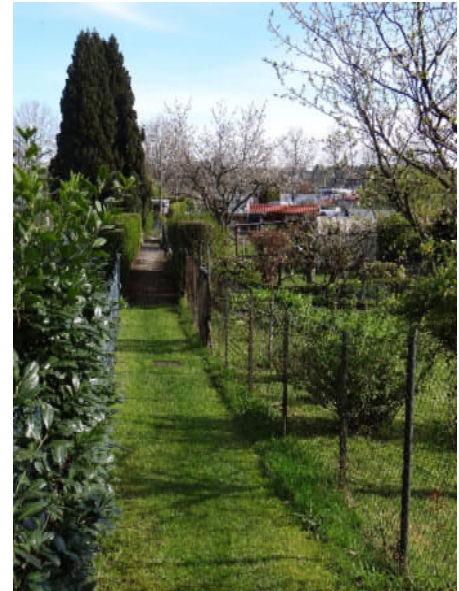
Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)“

**Leben und Freiheit für den Journalisten und Wikileaks-Gründer
Julian Assange in London.
Keine Auslieferung an die USA. Die Pressefreiheit erhalten!**

GEGEN DIE BÜRGER & GEGEN DIE UMWELT: DIE POLITIK DER STADTRATSMehrheit LINDAU GEHT AM BÜRGER VORBEI.

Gemeinsame Pressemitteilung der Kreisgruppe Lindau (Bodensee) des BUND Naturschutz in Bayern e. V. (BN) und der Lindauer Kleingärtner zur Lindauer Stadtpolitik.



„Ein weiteres Mal gehen die Kreisgruppe Lindau des BUND Naturschutz, (BN) und die „Bürgerinitiative zur Rettung der Kleingärten“ hart ins Gericht mit der Lindauer Stadtpolitik. Anmaßend und naturfern findet Holger Bruckmann, Sprecher der Bürgerinitiative, die Äußerung des 2. Bürgermeisters Mathias Hotz, er halte „...eine Lösung für die Kleingärtner genau am gleichen Platz nicht für zwingend erforderlich.“ Herr Hotz möge zur Kenntnis nehmen, dass die Lindauer Kleingärten keine Schachfiguren sind, die man beliebig über das politische Spielfeld verschieben kann. „Viele Kleingärtner haben über Jahre ihr Herzblut in die Gärten gesteckt,“ so Bruckmann. Dr. Maximilian Schuff, Kreisvorsitzender des BN pflichtet ihm bei.

„Offensichtlich können es einige nicht lassen, weiter politisch zu zündeln,“ so Schuff. Der eine Stadtrat möchte unbedingt seine Kletterhalle im Eichwald, der andere sein Kino. Über die Interessen der Natur spreche keiner, so Schuff weiter und verweist auf die vom AELF angeordnete und immer noch ausständige Aufforstung der illegalen Rodungsflächen zwischen Kleingärten und Bahngleisen. Zudem verweist Schuff auf die Gefahr einer weiteren massiven Verschlechterung im LSG nach dem Thermenneubau, nun auch durch einen weiteren potenziellen Neubau im Bereich der jetzigen Eisporthalle durch den Thermeninvestor. „Dies werden wir so nicht hinnehmen,“ so Schuff. Für den BN existieren im Eichwald drei rote Linien: Die angeordnete Aufforstung im Rodungsbereich, der Erhalt der Kleingärten im Eichwald und das Freihalten des Seeufers vor einer weiteren Bebauung stünden für den BN nicht zu Disposition, macht Schuff klar: „Koste es, was es wolle. Sollte die Eisporthalle abgerissen werden, kann es an dieser Stelle keine Bebauung mehr geben, das dürfte jedem klar sein“.

Keine Illusionen macht sich der BN hingegen über ein mögliches Umdenken seitens des Stadtrates und der Stadtverwaltung im Eichwald. Für den BN ist die Schwarze Liste der verfehlten Klima- und Umweltpolitik ellenlang. Geplante oder getätigte Bebauung von Frischluftschneisen, der Thermenneubau, der geplante Freizeitcluster, die Asphaltwüste im Bereich des ehemaligen Bauhofes und viele weitere unkluge Entscheidungen in den letzten Jahren. Sowohl Bruckmann als auch Schuff sehen eine gewisse Renitenz bei den Vertretern der Stadt Lindau. Beide geben sich jedoch kämpferisch und siegessicher. BN und Kleingärtner stehen Seite an Seite. Gegebenenfalls würde sich die Stadt Lindau sehr bald mit einem weiteren Bürgerbegehren konfrontiert sehen.“

*Holger Bruckmann (Bürgerinitiative zur Rettung der Kleingärten an der Bregenzer Straße),
Dr. Maximilian Schuff (Vorsitzender der Kreisgruppe Lindau BUND Naturschutz BN).*



Hier wurde dem unteren Zech etwas weggenommen!

Nachdem die Linie 5 seit knapp einem Jahr die Grenzsiedlung in Zech nicht mehr bedient, stellen sich für die Zecher Bürgerinnen und Bürger die Fragen: Wann endet dies endlich und welche Anstrengungen werden unternommen, damit der Stadtbus die Haltestelle wieder anfährt? Gerade in Zeiten der Stärkung des ÖNPV ist es nicht nachvollziehbar, dass die sehr gut angenommene Haltestelle gestrichen wurde und die Bürger wieder auf ihre Füße zurückgreifen müssen (Foto: 22. Mai 2022).

Beendet den Krieg in der Ukraine, statt Waffenlieferungen!

Die bisherige Unterbringungs politik von Flüchtlingen durch Lindaus Landrat Elmar Stegmann und das Landratsamt war eine erfreuliche. Doch nun unterlief Landrat Stegmann angesichts der nicht enden wollenden Anzahl von Menschen, welche es schaffen, vor den mörderischen Kriegen auf der Welt, dem Hunger in etlichen Weltregionen, der fortschreitenden Klimazerstörung und den politischen Verfolgungen auch in die EU und nach Deutschland zu fliehen. Er forderte im März 2023 u.a.: „Die Zuwanderung muss kontrolliert werden.“ Wem von den Behörden keine Bleibeperspektive eröffnet wird, solle bereits an den EU-Außengrenzen zurückgewiesen oder „zeitnah zurückgeführt werden.“



Internationaler Bodensee-Ostermarsch/Friedensweg, Heiden/Appenzell, 10. April 2023.

DIE LINKE fordert stattdessen, dass die Regierungen der EU endlich politisch-diplomatisch aktiv werden, dass die Fluchtursachen, wie der Krieg in der Ukraine, gestoppt werden.

Das „**Manifest für den Frieden**“ von Sahra Wagenknecht, Bundestagsabgeordnete DIE LINKE, Alice Schwarzer, Journalistin und Mitherausgeberin der EMMA, Dr. Erich Vad, Brigadegeneral a.D. und weiteren rund **750.000** UnterzeichnerInnen seither fordert hierzu u.a.: „... *Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: ‚Schaden vom deutschen Volk wenden‘.*

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.“

Lindauer Ärzte gegen die Erzwingung von „gläsernen Patienten und Patientinnen“ 2023!

Auch unter Teilen der Lindauer Ärztinnen und Ärzte wächst der Unmut über die staatlichen Planungen, alle erreichbaren Krankheitsdaten als „ePA“ aller Patientinnen und Patienten in Deutschland zentral zu speichern und den am Medizinwesen Beteiligten weltweit zugänglich zu machen. Zur Lindauer Aufklärungsveranstaltung im März 2023 luden sie u.a. mit folgendem Text ein: Wir Ärzte „kämpfen für den Datenschutz im Arzt-Patienten-Verhältnis und haben schon vor dem Bundestag gesprochen! Ein uns verbundener IT Spezialist prozessiert gegen die Weitergabe seiner Daten durch die Krankenkasse.

Hinter den Kulissen wird von der Industrie mit Hilfe der Regierung ein Szenario gestrickt, welches zu Beginn unserer Tätigkeit als Ärzte noch unvorstellbar war und wie so viel Entwicklungen unserer Zeit direkt in Richtung George Orwells Dystopie (Fehlentwicklung) "1984" führt.

Die Digitalisierung in der Medizin ist sicher noch ausbaubar und wird auch von den „ePA“-Gegnern/-innen unterstützt, hier jedoch wird das Pferd von hinten aufgezäumt und versucht mit schlecht funktionierender Hard- und Software sowie Gewalt und Strafe auf legalem Wege an die bisher gut geschützten Patientendaten zu gelangen, indem diese zentral für über 70 Mill Versicherte in einer Cloud gespeichert werden sollen.“

Mehr Informationen bei: <https://ddrm.de/neues-buendnis-zum-schutz-von-patientendaten/>

Neu: **DIE LINKE** im Landkreis Lindau auf Social Media:

<https://twitter.com/DieLinkeLindau> und

<https://www.instagram.com/dielinkelindau/>

V.i.S.d.P.: **DIE LINKE**, 88131 Lindau, Kontakt: www.die-linke-allgau.de.

und: <http://lindau-hoch.de/>. (Redaktionsschluss: 26. April 2023.)

Türkiye, 14. Mayıs 2023:



Spendenkonto für die Opfer des Erdbebens

in Syrien und der Türkei 2023, von medico international:

IBAN: DE 69 4306 0967 1018 8350 02. Stichwort: **NOTHILFE ERDBEBEN**

